



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Fachkräftemangel
demonstriert gegen
Stellenabbau

Schaukampf um den
Umgang mit Nötigern

Keine Sprachregelungen
im Funk zu Schäden
durch Maßnahmen



Stadtgespräch

Jena hat einen Klimaanpassungskoordinator und er ist zum Beispiel bemüht darum, dass auf dem Ernst-Abbe-Platz die Planungen so vorangebracht werden, dass das Thema Klimaanpassung und Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Abbe-Platz einen sehr hohen Stellenwert bekommt

Die Erhöhung des Stellenwertes ist nicht so einfach, das weiß jeder, der sich schon mal daran gemacht hat, eine zu versuchen.

Jena hat einen Klimaanpassungskoordinator, und was in einer normalen Stadt Grund genug wäre, sich zu genießen, wird bei uns im Stadtfernsehen mit einem Beitrag gewürdigt. Zu einer Peinlichkeit gehören eben immer mindestens zwei, davon der eine, dem das Geschehen peinlich ist.

Der Klimaschutzplan schreitet voran, wird gemeldet, und der Koordinator, nicht zu verwechseln mit dem Klimaschutzkoordinator und einem weiteren dritten, der laut Klimaaktionsplan noch gebraucht wird, steckte auch da schon mit drin. Der Aktionsplan handelt zum großen Teil von Geld und festen Stellen.

Seinen Namen kann man sich leicht merken, Knopf, wie der von der grünen Stadtratsfraktion und stellvertretende Bundesvorsitzende, auch bitte nicht verwechseln. Bei der Ausschreibung wurde gewiss nach jemandem mit Erfahrung im Anpassungskoordinieren gesucht, es gibt tatsächlich solche Programme in dem Klimaindustriezweig.

Dass der Posten an einen weisen Mann ging, soll womöglich die Dringlichkeit unterstreichen.

Wenn das mit dem Klima so eilig ist, können wir uns solche Quatschgestalten und Quatschfernsehbeiträge gar nicht leisten.

Gegen die Quatschgestalten, die für ihre Dreierkompetenz aus Gequatsche, Geschwätz und Gerede eine berufliche Perspekti-



ve bekommen haben auf Kosten der klimaschädlich arbeitenden Restallgemeinheit, können wir nichts tun, das wäre Delegitimierung der Partei und ihres Staates, da lernen wir schnell neue Ecken unserer Wohnung kennen. Es gibt aber keinen vernünftigen Grund, sich diese Medien bieten zu lassen. Wenn der Beitragsmacher nicht mal nachfragt: „Ach echt,

welchen Stellenwert hat das Thema Klimaanpassung und Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Abbe-Platz jetzt und welchen Stellenwert wollen Sie bis wann erreicht haben?“, dann haben wir, die schweigenden Zuschauer, das Recht verwirkt, uns als mündige Bürger zu fühlen. Dann gibt es keine res publica, die wir uns zurückzuholen hätten. ●

Sprache des Grünen Reiches: „Jugendliche vermöbeln Mann im Paradies“, OTZ Jena

So lautete die Überschrift der Meldung. „*Jugendliche vermöbeln Mann im Paradies.*“ Nach der Verhöhnung des Opfers die sachliche Nachricht, *verprügelt wurde am Sonntagmorgen ein Mann (20) auf dem Weg zu einer Bar im Paradies, Jugendliche im geschätzten Alter zwischen 15 und 16, die Tatverdächtigen sollen in einer Gruppe mit mehr als fünf Personen unterwegs gewesen sein.*

Fakten werden gestaffelt nach Wichtigkeit, zuletzt also dies: *Der Geschädigte erlitt Schläge am Kopf und Schulterverletzungen.*

Vermöbelt.

Das provoziert die Interpretation, dass hier nicht nur das Alter geschätzt wird. Hätte sich das Opfer erfolgreich gewehrt, würden jetzt die professionellen Empörungsauftragten sich abstimmen müssen über die Reihenfolge ihrer Forderungen, wer deswegen mehr Geld kriegen müsse.

Die Verrohung der Sprache, die gern alle Zeitungen feststellen und beklagen und im Internet ausmachen, hier ist sie gedruckt. Kein *aggressives Grundrauschen* wie bei Protestspaziergängern, denen es haltlos zugeschrieben wird.

Verrohung bedeutet nicht nur die Verwendung krasser abneigungsdurchtränkter Wörter, sondern auch Verharmlosung, Verniedlichung, Weichspülung. Das geschieht nicht einfach so mal aus Unachtsamkeit, so was passiert nur in einer schon länger auf den sittlich tiefsten Stand heruntergekommenen Dreckslochpresse. Und diese Zeitungsleute wollen uns was von Sprache erzählen, wähen sich in einer Position, anderen vorschreiben zu können, was und wie sie reden sollen.

Die werden womöglich einwenden, „aber was, vermöbeln ist keineswegs verharmlosend“, und da hätten sie in gewisser Weise sogar Recht. Ganovensprache ist es. Das hätten sie mal ausbaldowern können. ●

Stromausfall

In Winzerla und Göschwitz kam es zu einer vorübergehenden Unterbrechung der Stromversorgung. So lange, wie der Stromausfall gedauert hat, um so viel verzögert sich das Verfehlen der Klimaziele.

Badeinbruch

Nächtliche Einbrecher haben im Südbad Sachschaden angerichtet. Wenn sie im See gebadet haben, beziffert sich der Schaden je nachdem, ob sie beim Eintritt Ermäßigung bekommen hätten.

Siegerbild

Bei einem Malwettbewerb für Kinder, die so was in der Art malen sollten, wie alle kostenlos

fahren, überzeugte die Jury das Bild eines Kindes, das ganz offensichtlich mit der Jury auf Augenhöhe steht, zu sehen sind viele gleichrangige Gesichter und ein Baum, in dessen Krone geschrieben steht: Wir fahren kostenlos. Damit wurde die nicht formulierte Aufgabe erfüllt, ja nicht diejenigen zu zeigen, die das kostenlose Fahren ermöglichen.

Theaterstroh

Freunde von Strohballen kommen auf ihre Kosten beim Sommerspektakel zu Beginn der Kulturarena, das Theaterhaus verschenkt anschließend die für das Stück verwendeten Strohballen. Ein allzu großer Kultstatus der Aufführung wird demnach nicht erwartet, wenn die Strohballen nicht zur Versteigerung angeboten werden, so dass die Erwerber in hundert Jahren damit zu „Bares für Rares“ gehen können.



Spontane Nötigungen mit staatlicher Beteiligung

Die Lokalzeitung gibt einem innergrünen Konflikt eine Plattform. Der grüne FDP-Stadtratsfraktionsvorsitzende hat unsere Demokratie angegriffen und den grünen Unsicherheitsdezernenten von der CDU aufgefordert, künftig „entschiedener und schneller“ einzuschreiten gegen Klima-Kleber-Proteste der „Letzten Generation“; es könne „nicht sein, dass eine kleine Gruppe versucht, der überwiegenden Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen. Dies untergräbt die demokratischen Prozesse unserer Gesellschaft“, zumal Jena einen Klimaaktionsplan beschlossen habe, „der eine ausgewogene Herangehensweise an das Thema Klimaschutz vorsehe, die ökonomische, soziale und ökologische Aspekte berücksichtige“, wogegen die letzte Generation jedoch einseitig ökologische Ziele in den Vordergrund stelle und soziale Auswirkungen und wirtschaftliche Zwänge ignoriere. Auch seien laut Umfragen neunzig Prozent gegen solche Aktionen.

Der Dezernent, der sich ständig bemüht zeigt, die Erwartungen an politische Kompetenz nach unten zu korrigieren, gab der Zeitung die Replik, er halte es für „zweifelhaft“, wenn gerade ein Liberaler „Menschen das Demonstrationsrecht aufgrund von Meinungsumfragen absprechen“ wolle, lieber solle er sich mit den komplexen versammlungsrechtlichen Fragestellungen befassen, statt so zu tun, „als hätten sich Aktivisten an ihm selbst festgeklebt“.

Was jetzt, Aktivisten oder Demonstranten? Egal; wenn das so stimmt, wie die Zeitung es dar-



stellt, wovon wir im Interesse des öffentlichen Glaubens an die Wahrhaftigkeit der Presse ausgehen, stimmt an alledem gar nichts. Von dem Dezernenten überhaupt etwas zu erwarten, ist ohnehin auf mehreren Ebenen falsch.

Selbstverständlich kann es sehr wohl sein, dass eine kleine Gruppe der Mehrheit ihren Willen aufzwingt, man nennt das Die Grünen. Die sind in die Institutionen von Staat, Gesellschaft, Medien und Finanzen durchmarschiert und werden dafür bezahlt, der Mehrheit vorzutäuschen, die Mehrheit wolle das alles so. Der Klimaaktionsplan ist keine ausgewogene Planung, sondern eine Geldspülung, und damit die betrieben wird, müssen Aktivisten

verlangen, dass noch mehr noch schneller aktiviert wird. Die können am wenigsten dafür; die glauben selber, dass sich das Tor zur Klimahölle sofort öffnet, wenn sie nicht den Verkehr aufhalten.

Und der Dezernent, ja du lieber Himmel. Die Kleber kleben sich an uns alle, genauso meinen sie es. Ein Ankleben an die Straße ist ein Ankleben an uns alle, ein Ankleben an unsere Demokratie, das kann man sehr persönlich nehmen, erst recht, wenn man ein Mandatsträger ist.

Die Zeitung gibt dem Dezernenten auch noch die Bestätigung durch Zeilenpräsenz. Die könnte ihrer Fürsorgepflicht auch besser nachkommen und ihn nicht so 'reinrasseln lassen. ●

IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogger.de

Schäden durch politische Maßnahmen an oder mit Corona

Im Sonntagsradio auf Deutschlandfunk gab es, wie es scheint, ein Stück Glasnost, eine Marburger Professorin für Kinder- und Jugendpsychologie schwurbelt, welche Folgen der Lockdown-Maßnahmen nun festzustellen sind. Fast doppelt so viele psychische Erkrankungen, zurückgebliebene Entwicklung, die Schließungen von Kindergärten und Schulen und die Kontaktbeschränkungen haben Schaden angerichtet, sogar Karl Lauterbach sagt inzwischen, man habe die Kinder und Jugendlichen nicht, wie es zeitungsteilweise heißt, auf dem Schirm gehabt.

Letzteres ist verständlich; wer an Kinder und Jugendliche denkt, dem fällt Geschlechtsumwandlung ein und nicht irgendeiner Kinderkram, und dass Kinder eine

finanzstarke Lobby hätten, wäre auch nicht bekannt, jedenfalls keine, die sich für sie einsetzt.

Nach dem Interview sagt der Moderator zur Abmoderation, er habe gesprochen „über die Auswirkungen der Pandemie“ auf Kinder und Jugendliche.

Darum baten wir ihn um die Auskunft, ob es im DLF eine Sprachregelung gibt, Wirkungen der Maßnahmen dem Virus zuzurechnen, und ob damit auch bezweckt wird, die Mitverantwortung der Medien zu verdecken.

Dieser verwies zunächst darauf, wir mögen besser unsere „Meinung bitte an den Hörerservice schreiben; diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sammeln die Nachrichten und leiten sie entsprechend weiter.“

Ich habe in der Anmoderati-

on gesagt: „Hanna Christiansen – Professorin für Klinische Kinder- und Jugendpsychologie an der Philipps-Universität Marburg. Sie hat gesprochen über die Auswirkungen der Corona-Regeln auf junge Menschen.“

Dort werden die ‚Corona-Regeln‘ als Faktor genannt, nicht das Virus selbst. Darüber hinaus war die Rolle der Medien nicht Thema des Vortrags. Die Expertin hätte dazu also wenig sagen können.“

Schön, dass er uns eine Logikaufgabe gegeben hat. Wenn er in der Anmoderation sagte, es gehe um die Auswirkungen der Corona-Regeln, kann es keine entgegengesetzte Sprachregelung geben. Die wird ja kaum bis zur Abmoderation erlassen worden sein, es war Sonntag.

Überdies kann es so, wie man vielleicht glaubte, wie wir uns das vielleicht vorstellten, mit den Regeln gar nicht sein, die können ja nicht einfach so bestehen, die müssten durchgesetzt werden gegen die Sprachregelung, die ihrerseits nur die Abschaffung der Menschenwürde als treibende Kraft zum Motiv haben können.

Als ein heimlicher Tipp zur Bestätigung kann auch der Hinweis, die Expertin hätte zur Verantwortung der Medien gar nichts sagen können, gedeutet werden. Die Verantwortung wird also nicht bestritten, nur die Expertin wäre dafür nicht zuständig gewesen. Schon möglich, dass der Hörerservice auf solche Verfänglichkeiten besser vorbereitet ist, aber dies sind wieder nur Theorien, die im dialektischen Verhältnis zur Praxis stehen.

Man darf zumindest wissen, dass darüber gesprochen wird. ●



Wenn die Leute das Problem sind, stößt die Demokratie an ihre Grenzen

Thüringens Innenminister blamiert im n-tv-Gespräch den Freistaat bundesweit

Man kann nicht sagen, der Thüringer Innenminister wäre besonders inkompetent oder eine Schande für die SPD. Er redet, wie er es versteht. Würde er mehr verstehen, käme er nicht zum Reden, so viel Erfahrung mit unserer wehrhaften Demokratie kann man wohl als überwiegend gesichert ansehen.

Auf n-tv.de gab er ein Interview zur Lage, worin er als Essenz mitteilt, nicht gewillt zu sein, irgendwas zu begreifen.

Kein Problem hat er damit, dass die Thüringer Koalition, gemessen an ihrer eigenen Ankündigung, nach einem Jahr Neuwahlen abzuhalten, illegitim regiert, aber niemand fragt, was das mit ihm macht, und ein Versprechen wie das von Neuwahlen wurde gegenüber den Thüringer Bürgern gegeben, hat also keine Rechtsbindung, auch keine gefühlte.

Bei ihm in seiner toxisch blödmännlichen Denkwelt geht das so: *„Wir haben jetzt schon eine Minderheitsregierung, die sich leider nicht verlässlich auf einen Duldungs- oder Kooperationspartner stützen kann. Dem verweigern sich CDU und FDP, was ich sehr bedauerlich finde. Dadurch sind die Entscheidungsprozesse im Landtag schwerfällig geworden.“*

Heißt: Wir, die Richtigen, sind unabwählbar, und die anderen stören uns bei unserem selbsternannten Regierungsauftrag.

Gefragt nach dem Befund einer grünen Kommunalpolitikerin, das Klima sei vergiftet, giftet er: *„Teilweise erlebe ich das auch so. Ich bin kein Sozialwissenschaftler und kann das nicht mit Studien belegen, aber gefühlt gibt es heute mehr Menschen, deren Weltbild völlig verfestigt ist und die andere Meinungen vollständig ablehnen. Dann wird das Ganze noch*

garniert mit Sprüchen wie ‚Wir leben ja in einer Diktatur‘. Diese Menschen sehen eine andere Meinung als persönlichen Angriff. Man kann schon sagen, dass das politische Klima ein Stück weit beschädigt ist.“

Diesen Abgrund an verkommener Arroganz kann man gar nicht mit heiterer Süffisanz füllen. Das Volk ist dem Minister nicht gut genug. Ein verfestigtes Weltbild kann man am SPD-Stand erleben, und zwar an jedem. Diese Leute sind nicht einmal imstande, das, was sie da standardisiert quatschen, in anderen und eigenen Worten zu formulieren, und sie wurden geschult, dass sie dann daherstanzen: aha, verfestigtes Weltbild bei den Bevölkerern.

Seine Ignoranz ist aber bekundetermaßen gewollt und beabsichtigt: *„Ein anderer Faktor sind sicherlich die sozialen Medien. Ich höre immer wieder, dass ich mich mal über ‚andere Kanäle‘ informieren solle. Da spürt man sehr deutlich den Einfluss von Desinformationskampagnen.“*

Einen Dreck spürt er, ein Mandatsträger mit demokratischem Anspruch oder ein kluger Politiker, nun, einer, der den Mindestanforderungen einen Wert beimisst, sollte schon wissen, was noch so gemeint werden kann, selbst wenn es falsch ist und dann erst recht. Aber alles, was ihm dazu einfällt, ist das, was er dazu wissen darf.

„Das ist durchaus besorgniserregend. Auf der letzten Innenministerkonferenz haben wir darüber gesprochen, wie widerstandsfähig unsere Demokratie gegen Angriffe von außen ist. Denn es steht zu vermuten, dass russische Bots und Trolle hier ihr Unwesen treiben.“ Gut, eine Spitze gegen Gerhard Schröder und die Hannover-Verbindung.

Gefragt nach dem reziprok zur Ländlichkeit anwachsenden Gefühl, „abgehängt“ zu sein, antwortet er mit dem Vorhaben, die Lebenswirklichkeit zu verbessern – das sagt einer von einer schon länger hier regierenden Partei. Wenn, wie er feststellt, Läden schließen, *„weil sie keinen Nachfolger finden“*, zeigt er einen Nachholebedarf in Kausalitätsfragen.

Nicht fehlen darf der Arroganzklassiker und tut es auch nicht: *„Die Politik sollte darauf achten, dass alle mitmachen können, statt neue Ängste zu produzieren.“* Vielleicht kann die Mitmachtherapie helfen, Ängste abzubauen.

Ein komplett höfisch-degeneriert pseudoelitäres Menschen- und Politikbild.

Ist ja schön für ihn, dass er sich als jemand identifiziert, dem die vielfaltsgewollte Ordnung seine berufliche Bleibeperspektive im Apparat garantiert. Als was er das allerdings nicht bezeichnen kann, ist: Demokratie. Es gibt keine Auslegung des Begriffs, der die Haltung erfasst, „wir sind die Demokraten und stehen für alles, was sich gut anhört, das macht ja unsere Opponenten so verwerflich, darum müssen sich die Abgehängten etwas mehr anstrengen, uns zu folgen, sonst fallen sie aus dem Konsens heraus an den undemokratischen Rand, und die Zeitung sagt es genauso.“

Indes liegt ein demokratiegefährdender Teil des Problems tatsächlich bei Volk, Bürgern und Gesellschaft, nämlich darin, so was unwidersprochen hinzunehmen. Die Partei wertet das gleich als Zustimmung und Bestätigung.

Das Schlimmste sind aber immer diese Gesichter.

Dieser Juso-Blick ist die größte Beleidigung. Einfach nur grässlich. ●

Personen

Gespräch am ver.di-Stand über den abwesenden Finanzzufluss an die Universität



Die Universität muss sparen, sogar Geld, und lässt tausend Stellen im akademischen Mittelbau wegfallen, die als nicht mehr finanzierbar angesehen werden. Die Gewerkschaft ver.di hat einen Stand aufgebaut mit Schirm, Tisch und Infomaterial, außerdem können auf einen großen Bogen Packpapier Betroffene eintragen, wie schwer sie es mit Befristungen und halben Arbeitsverträgen haben, es herrscht also Unsicherheit, dagegen will man protestieren und fordert mehr Geld.

Um mit der mutmaßlichen ver.di-Sprecherin ins Gespräch zu kommen, wählen wir einen, wie wir finden, ansprechenden Eingangsspruch.

– Sie, also Gewerkschaften und Uni und Akademiker, Sie haben in der Corona-Zeit alles mitgemacht, mitgetragen und mitgehetzt, zugesehen, wie die Wirtschaft ruiniert wird, was haben Sie erwartet, wie lange es dauert, bis dieser Ruin bei Ihnen eintrifft?

– Ja, das war klar, dass es irgendwann ankommt, manche dachten, es kommt später.

– Und jetzt wollen Sie mehr Geld, das ja von anderen ganz klimaschädlich erarbeitet werden

muss, die Klimarettung würde verlangen, dass noch viel mehr Stellen gestrichen werden, das reicht nicht.

– Ich vertrete die Beschäftigten, und die Gesellschaft braucht Bildung und Wissenschaft, und dann muss man sehen, wo das Geld dafür herkommt.

– Man könnte auch andersherum überlegen, zuerst die fragen, die das erarbeiten, was sie von der Universität wollen, und das wird als Dienstleistung erbracht.

– Es gibt eben unterschiedliche Erwartungen an die Uni.

– Die relevanten sind die von denen, die es bezahlen. Richtige Forschung und richtige Wissenschaft, Medizin, Physik, was der Gesellschaft was bringt, das werden die Leute bezahlen. Das Geld kommt nicht vom Staat, das wird erarbeitet. Und was wird gebaut, der Neubau für Soziologie, brauchen wir nicht, das kann alles weg.

– Das sehe ich anders, wir haben da unterschiedliche Meinungen.

– Dann besprechen Sie es doch, führen Sie die offene Debatte.

– Das will ich nicht, das fruchtet jetzt nicht, wir haben verschiedene Ansichten.

– Gerade da wäre es fruchtbar und nicht, wenn alle dieselbe Meinung haben.

– Das bringt jetzt nichts.

Mag sein, dass wir unseren Teil des Dialogs gescheitert in Erinnerung haben, aber das wird ihr entsprechend gehen.

Einsparungspotential ist mithin deutlich zu erkennen bei ver.di. Wenn die Gesprächsfähigkeit nur auf das Konsensfeld beschränkt ist, kann die Künstliche Intelligenz den Job besser ausüben. ●



Missverständliche Auslegung eines Gesetzesvorhabens

Neue Zeiten bedeuten neue Wörter, auch neue Schreibweisen wie die mit Deppinnensternchen oder Blödmänninnendoppelpunkt, bisher auf freiwilliger Basis, es muss eben jeder selber wissen, was er von der Gesellschaft will. Menschen, die als trans der non-binär bezeichnet werden, sind solche, die sich irgendwie von den Transsexuellen abgrenzen, denen die moderne Medizin helfen konnte, den falschen Körper in einem aufwendigen therapeutischen Verfahren umzuoperieren.

Genauer kann der zuständige Beauftragte der Bundesregierung erklären, er weiß auch, was jemand ist, der mit der ganzen Vielfalt Probleme hat.

Zu der neuen Redeweise gehört der Ausdruck cis, damit ist keine musikalische Note gemeint, cis-Männer und cis-Frauen sind welche, die sich mit ihrem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren und sich der gesellschaftlichen Vorgabe fügen, hier keine Unzufriedenheit zu zeigen.

Nun bringt uns unsere Ampelkoalition das Selbstbestimmungsgesetz, das eine geschlechtliche Neufindung vereinfacht und zugleich unter Strafe stellt, als bußgeldbewährte Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einer trans-Frau zu sagen, dass man sie noch als Mann kennt oder sie ein Ex-Mann ist.

Das wirft die Frage auf, ob damit einhergeht, dass man betreffende Personen als cis-Frauen bezeichnen muss, da sonst eine offenkundige Unterscheidung getroffen wird. Kann es also Verfahren/Geldbuße bedeuten und ist der Tatbestand erfüllt, wenn man alle Personen, die sich mit ihrer Geschlechtszuweisung ar-

rangiert haben, als cis bezeichnet, nur die eine eben nicht?

Diese Frage richteten wir an das Bundesjustizministerium.

Die Pressestelle war so freundlich, uns zeitnah zu antworten.

„Das Selbstbestimmungsgesetz ist bislang noch nicht vom Deutschen Bundestag beschlossen worden. Derzeit lassen sich noch keine abschließenden Auskünfte über den Inhalt des Gesetzes treffen. Es gibt derzeit nur einen Entwurf für das Selbstbestimmungsgesetz. Der Entwurf wurde erstellt von zwei Ministerien: dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesministerium der Justiz. Dieser Entwurf ist dem Bundestag bislang noch nicht zugegangen. Bevor dies geschehen kann, muss er noch von der Bundesregierung be-

schlossen werden. Das soll bald geschehen.

Der Gesetzentwurf ist im Internet veröffentlicht. Der Entwurf enthält eine Regelung für ein sogenanntes Offenbarungsverbot (§ 13 des Entwurfs). Bereits das geltende Recht kennt ein Offenbarungsverbot (§ 5 Transsexuellengesetz). Es ist nicht richtig, dass nach dem Entwurf die bußgeldbewährte Ordnungswidrigkeit eingeführt wird, ‚einer trans-Frau zu sagen, dass sie ein Ex-Mann ist.‘ Richtig ist vielmehr Folgendes:

Frühere Geschlechtseinträge sollen ohne Zustimmung der betreffenden Person nicht offenbart oder ausgeforscht werden. Es geht also um den Schutz der Privatsphäre und um ein Verbot von Zwangsouting. Ein generelles Verbot der Ansprache mit dem früheren Geschlechtseintrag ist im

Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Das Offenbarungsverbot soll im Übrigen nicht ausnahmslos gelten. Es soll nicht gelten, wenn besondere Gründe des öffentlichen Interesses eine Offenbarung erfordern oder ein dahingehendes rechtliches Interesse glaubhaft gemacht wird. Ein Bußgeld wegen Verstoßes gegen das Offenbarungsverbot soll im Übrigen nur unter besonderen Voraussetzungen verhängt werden können. Die Verhängung eines Bußgelds soll voraussetzen, dass die betroffene Person durch die Offenbarung absichtlich geschädigt wird.“

Da besteht wohl noch Verständnisbedarf innerhalb der Koalition. Festhalten kann man wohl dies: Wenn es so schlimm kommt wie gedacht, lag es keinesfalls an der Gesetzgebung. ●



Pflichtlektüre für Ramelow: „Der kurze Sommer der Freiheit. Wie aus der DDR eine Diktatur wurde“ von Klaus-Rüdiger Mai

Man muss sich immer wieder ins Gedächtnis rufen, wovon der Lümmel, er selbst hat eher Wörter wie Drecksack in seinem Repertoire, nicht redet, wenn er die DDR nicht Unrechtsstaat nennen will; man darf sich nicht täuschen lassen, dies tue er beziehungsweise unterlasse er, um den Vergleich mit dem wahren echten Unrechtsstaat, der Vorgängerdiktatur des Dritten Reichs, nicht zu relativieren und um die Lebensleistung der Schützlinge im gewonnenen Osten nicht zu schmälern. Wenn die Herrschenden jemanden in Schutz nehmen, dann sich selbst. Der will sich mit der Unrechtsstaatsleugnung ja nicht bei den Ostdeutschen, wie er sie sich vorstellt und wünscht, einschleimen, sondern bei den alten und neuen SED-Funktionären in Ost und West.

Tiefgehend und lesenswert ist das Buch, trotz zweier falscher Dative,



es gibt die historische Betrachtung der Anfangszeit und Entstehungszeit der DDR und davon, wie Bestrebungen vieler liberaler Demokraten um eine demokratische

Entwicklung mit freien Wahlen, die nicht rückgängig gemacht würden, auf allen Ebenen, angefangen von Studentenräten bis zu betrieblichen und staatlichen Strukturen, von der Linkspartei unterwandert, hintertrieben und rücksichtslos ins Stalinistische geführt wurden, zuanfangs mit dem Bemühen, es demokratisch aussehen zu lassen.

Es wären zu hohe Erwartungen, wollte man unseren Parteileuten zumuten, das Buch zu lesen und Erkenntnisgewinne daraus zu ziehen.

Aber vielleicht würden diese Gestalten mit dem antifaschistischen Schutzwall im Kopf beginnen, sich darum zu bemühen, nicht exakt dieselbe Ausdrucksweise zu benutzen wie ihre Vorläufer. Wenn der einzige sprachliche Unterschied im Gebrauch des Deppinnensternchens besteht, wird doch in der Sprache mehr sichtbar gemacht als beabsichtigt. ●



Frage an den **AKRÜTZEL**-Briefkasten: Gibt es sonst nichts?

Genaugenommen ging die Frage nicht postalisch ein, sondern fernmündlich, gerichtet indes an den Akrützel-Briefkasten, und eine gewisse Berechtigung können wir der Frage nicht absprechen, was wir auch nicht vorhaben.

Es stimmt ja. Wir haben nur die Kramthemen aufbereitet, mit denen uns die Medien überschütten. Gibt es nichts Normales?

Die einfache Antwort wäre, Normalität ist ein Konstrukt von Patriarchatsbetreibern, mit dem sie alles unterdrücken, was ihre Identität als Herrschaftsinhaber infrage stellt.

Aber einfache Antworten kann es nicht geben, und dass es keine Normalität gäbe, ist ein Narrativ der Verrückten.

Es ist tatsächlich Salz auf den wunden Finger gestreut, uns damit zu konfrontieren, dass wir uns immer mit dem befassen, was uns vorgesetzt wird. Wir erwarten auch gar nicht, dass Ihnen das Spaß macht.

Wir können Ihnen aber garantieren, dass der Spaß noch weniger wird, wenn Sie glauben, die staatsdegenerierende kostenintensive Grünmilieufäulnis wegnormieren zu können. Das war es, was diese Intelligenzverweigerer zur herrschenden Klasse gemacht hat.

Womit wir bei Ihrer Mitverantwortung am Inhalt des Senioren-Akrützel wären.

Sie sind ja immer gebeten, es weiterzugeben, weiterzumailen und anderen die Teilhabe am Akrützel zu ermöglichen. Sie werden auch immer angehalten durchzugeben, wenn es was zu erzählen gibt, das nicht in der Zeitung steht. So muss es geben, schon rein rechnerisch.

Wenn etwa die Zeitung schreibt, Jenas oberste Radfahrerin hört auf, kann doch interessant werden, was die unterste macht. Muss nur jemand sagen.

Aber viele von Ihnen sind im Clockwork-Orange-Modus; wenn man etwas denkt, was nicht gedacht werden soll, tut's weh. Das Ding ist nun: Wenn Sie was den-

würden die sogar den Schmerz von Ihnen nehmen, die müssen es nur erfahren. Das Akrützel ist also auch Schmerztherapie.

Darum ist Ihre Solidarität gefragt. Helfen Sie bei der Verbreitung, wenigstens der digitalen, solange der Strom noch reicht, und erzählen sie uns, was war, damit wir schreiben, was ist.



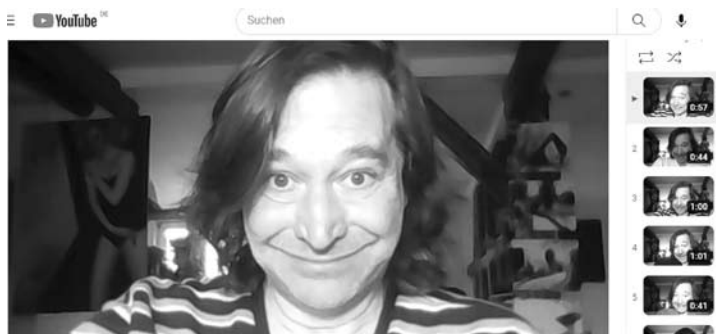
Jenaer Impressionen





www.solibro.de

Müssen Sie gucken:
Senior-Influencer auf Youtube
oder www.zellerzeitung.de

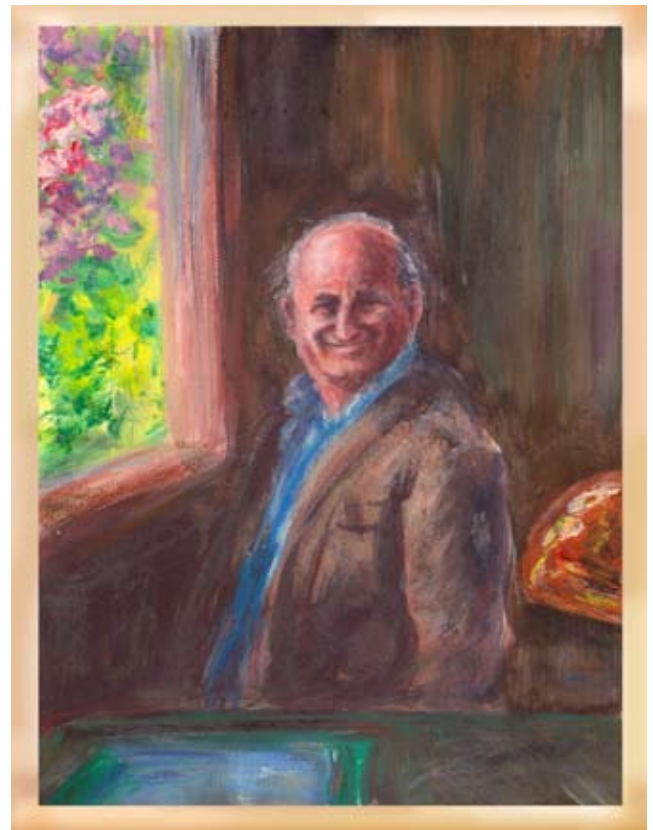


Das relative Highlight
für Ihr Betriebsfest oder
Ihre Coronaparty



ANERKANNTER KARIKATURIST
ZEICHNET PORTRÄTKARIKATUREN
VON ALLEN GÄSTEN, DIE WOLLEN
03641-619434 in und um Jena
ab 300,- €

Wie früher:
Gemälde von sich
oder dem Boss
machen lassen



Günstiger, als Sie denken,
falls Sie nicht genau gedacht haben:
1.500 Euro
0175-240 61 81

Was tun bei Katzen in der Wohnung?



Beim Auftreten einer Katze in den eigenen vier Wänden setzen viele auf das vermeintlich bewährte Hausmittel Essig und Backpulver, aber davor warnen Experten wegen der enthaltenen Essigsäure. Eine Futterfalle liefert bessere Ergebnisse, birgt allerdings das Risiko einer Wiederkehr der Katze zu der bequemen Verköstigungsstelle.

Olaf Scholz kommt nach Thüringen – Teilnehmer am Bürgergespräch werden ausgelost



Die Vorbereitungen laufen auf mittleren Touren. Wer von den Bewerbern zum Kanzlerdialog eingeladen wird, entscheidet das Los. Dazu werden alle eingehenden Mails ausgedruckt, zusammengerollt und in eine Lostrommel geworfen, die dann so richtig durchgeschüttelt wird, bevor die bezaubernde Glücksfee die Gewinner zieht. Zuvor wird sich ein Notar vom ordnungsgemäßen Zustand des Gerätes überzeugt haben.

Ministerin fordert mehr Beratungsangebote für Menschen, die merken, dass ihnen der Hass kommt



Der Kampf gegen Groll und Schimpfe darf nicht erst einsetzen, wenn es zu entsprechenden Äußerungen gekommen ist. „Demokratietätige müssen schon präventiv geschützt werden“, sagt die Ministerin und fordert Beratungsstellen und Telefonhotlines, an die sich Menschen wenden können, die akut merken, dass sie zu hadern beginnen. „Denn aus Gefühlen, die keine Meinung sind, werden Worte“, so die Ministerin.

Die besten Ideen für Artikel kommen, wenn man sie am wenigsten gebrauchen kann



Ein Redaktionskollege regte beim Mittagessen an, ich könne doch seine Tipps für die Kolumne verwenden. Leider hat er damit recht, und das wirft ein sehr günstiges Licht auf das Funktionieren unserer Redaktion. Die Leser können sicher sein, dass das, was nicht in der Zeitung steht, auch niemandem eingefallen ist.